

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gehr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt.

Abonnementspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 38,00 M., unter Streifenband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Druckerei: Zeitungsverlag 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsverlag 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Kompaßzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 9 gespaltene Kompaßzeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Briefmitteleitung 1 M.

Nr. 63

Dresden, Mittwoch den 15. März 1922

33. Jahrg.

Die Mai-Parole

Begen die internationale Reaktion! Für den Weltfrieden!

Wehr als je drückt die Last des Lebens auf die Arbeiterklasse.

Und doch hatte man den Arbeitern für die Zeit nach dem Kriege Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen gemacht. Unterstand und böser Wille der Regierungen haben jedoch die feierlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht. Die Hoffnung der Arbeiter auf bessere Tage kann sich von jetzt an nur gründen auf die eigene Aktion.

Der Versailler Friedensvertrag, der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwickelt und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Völkerverbrüderung hätte errichten sollen, hat zu den alten Ursachen der Weltnot noch neue gesät und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen zerstört.

Dieser Prozeß einer allgemeinen, rapid gesteigerten Verwirrung wurde noch ergänzt durch den Zusammenbruch der gesamten Produktion, den das enorme Sinken der Wäskta in den verschiedenen Ländern bewirkte.

Die Folgen dieses Zustandes sind eine erschreckende Arbeitslosigkeit und bitterer Not im Haushalt des Arbeiters. Von dieser katastrophalen Situation hat einzig die Reaktion profitiert, die neu erwacht und erstarkt in der ganzen Welt triumphiert.

Allen diesen Feststellungen zum Trotz verharren die Machthaber in ihrer Laubbheit und widerstreben sich in absichtlicher Verkennung der Tatsachen den Forderungen der Arbeiterklasse, die im Interesse der Gesamtheit die Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft verlangt.

Diese Forderungen:

Planmäßige Verteilung der Rohstoffe,

Stabilisierung der Geldwerte

Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel.

wurden im Namen der organisierten Arbeiterklasse bereits auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß vom November 1920 in London erhoben.

Diese Tatsachen zeigen die Notwendigkeit, den internationalen Geist in den Massen immer mehr zu pflegen und zu stärken, um den egoistischen der Kapitalistenklasse zu brechen und ihrem nationalstiftischen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen.

Von diesem Geist des Internationalismus zeugten die Arbeiterkongresse der letzten Jahre, deren Beschlüsse und Entschlüsse den Weg gewiesen haben für eine fruchtvolle und wahrhafte Lösung der Probleme des Ruhrgebiets, des Saarreviers und der oberösterreichischen Frage.

Dieser selbe internationale Geist bezieht die 24 Millionen in unserer Internationale vereinten Mitglieder und verleiht uns damit die moralische Autorität, für einen neuen Frieden die Grundlagen zu schaffen, der die allgemeine Unterstützung zur Voraussetzung hat.

Dieser internationale Geist hat die Hilfsaktion für unsere österreichischen Brüder, die Unterstützung der ungarischen Kameraden in ihrem Kampfe gegen den weißen

Terror und das Nordregime der ungarischen Machthaber ermöglicht. Dieser Internationalismus hat schließlich den Aufruf, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu kommen, zur lebendigen Tat werden lassen sowie er es war, der seinerzeit durch Verhinderung der Waffentransporte für Polen, Sowjetrußland im Kampfe gegen seine polnischen Angreifer unterstützt hat.

Dieser Internationalismus, der von den Prinzipien eines neuen und höheren Menschentums ausgeht, wird freilich von den gegenwärtigen Regierungen und den Vertretern des internationalen Kapitals bekämpft, die in ihm eine ernste Bedrohung ihrer Macht und ihrer materiellen Interessen sehen. Wissen sie doch nur zu gut, daß das kapitalistische System zu bestehen aufhören wird, sobald sich die Völker vom Geist des Nationalismus befreit haben.

Arbeiter der Welt! Unter Wohl, das Wohl der Welt verlangt den Sieg des Internationalismus! Wir rufen euch auf, mit allen euren Kräften diesen Geist zu stärken und zum Siege zu führen. Befindet diese eure internationale Gesinnung durch Waffenbetätigung an den Demonstrationen und bietet der Welt das Schauspiel proletarischer Solidität.

Wären jene, in deren Händen heute die Macht ist, sich gegenwärtig halten, daß es mit der alten Zeit vorbei und eine neue Epoche angebrochen ist.

Millionen von Arbeitern erheben sich heute in mochtvoller Eintracht zur Verteidigung ihrer Interessen, die zugleich die Interessen der Menschheit sind.

Die Lösung im Kampf der Arbeiter muß heute sein:

Gegen die Reaktion! Für den Weltfrieden!

Der dieswöchige Montag muß eine Demonstration sein für die Macht der geeinten Arbeit!

Auf Befehl des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden in den Hauptstädten Europas Redner aus andern Ländern das Wort führen.

Die Form, in der sich die Manifestation zu vollziehen hat wird jede Zentrale selbst entscheiden. Aber welcher Art die Manifestation auch sei: allüberall sollen Demonstrationen veranstaltet werden und die allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidität der Arbeit bezeugen, unter der Losung:

Gegen die Reaktion, die die wirtschaftliche Verflattung des Arbeiters befestigen will!

Gegen die Reaktion, die Militarismus und Kriegsgeist verewigen will!

Auf für die Verteidigung des Achtstundentags und menschenwürdige Löhne!

Der Ruf der verbündeten Arbeit sei:

„Krieg dem Kriege!“

Es lebe die internationale Solidarität der Völker!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

Vorsitzender: J. S. Thomas;

Vizevorsitzende: L. Jouhaux, C. Mertens;

Sekretäre: F. Coudereff, Edo. Jimmen.

Der Bergarbeiterkampf in Südafrika

Die Nachrichten, die aus dem südafrikanischen Streikgebiet eintröfen, sprechen von immer engeren Kämpfen zwischen der streikenden Arbeiterklasse auf der einen und Kapitalisten, Regierungstruppen und Freiwildern auf der andern Seite. In Johannesburg, der Hauptstadt des Nordwestprovinzgebietes, soll der Kampf besonders erbittert sein. Die Arbeiterklasse habe sich, so heißt es, teilweise der Regierungsgewalt bemächtigt und habe durch Artillerie- und Bombeneinschläge daraus vertrieben werden müssen. Der Ministerpräsident von Südafrika General Smuts sei nach gefährlicher Automobilschicht von Kapstadt, der Regierungshauptstadt, in Johannesburg eingetroffen und habe die Leitung der Operationen gegen die „Aufrührerischen“ übernommen. Er hoffe mit der „Revolution“ bald fertig zu werden. Die Bürger und Bauern (Buren) atmeten auf, Freiwillige strömten von allen Seiten zu. Die Duldung der Schwarzen sei tabu. Die Streikenden gingen mit Wut und auf die Kampfgeschichten und Räuberposten im einzelnen einzugehen, erheben wir uns an dieser Stelle.

Man wird sich daran tun, zunächst einmal auf die Ursachen dieses Streiks zurückzugehen, der, wenn die einlaufenden Meldungen nicht stark übertrieben sind, in einen Bürgerkrieg auszuarten droht. Im Dezember vorigen Jahres schloß die Minenarbeiter zur Vermeidung der industriellen Krise vor, die Zahl der billigeren schwarzen Arbeiter in den Gruben zuzunehmen der weißen zu erhöhen, die Löhne herabzusetzen und das Kontraktsystem zu revidieren. Von den Minenarbeitern wurde dieses Programm abgelehnt. Besonders hart war die Erbitterung über den ersten Punkt der Forderung, wie überhaupt die Forderung über den Einsatz eines bei weitem größerer Rolle spielt als in Europa. Ein Vermählungsvertrag des Minenarbeiterverbandes General Smuts, der bereits lange vorher eine Verhandlung als unerlässlich für die Befreiung der Wirtschaft erklärt hatte, schlug fehl. Der Generalstreik der Minenarbeiter Südafrikas brach also schon im Dezember vorigen Jahres aus. Ehe alle Gruben abgebaut, trat Smuts noch einmal mit dem Entschluß an die Streikenden heran, wenigstens die lebensnotwendigen Betriebe und in erster Linie die Kraftstationen mit Kohle zu versorgen. Die

Streikenden waren bereit, darauf einzugehen, wenn die Kohlenförderung und die Verteilung der Kohle sowie die Kontrolle über ihre Verwendung in der Hand der Streikleitung blieben. Darauf glaubte die südafrikanische Regierung nicht eingehen zu können und der Streik nahm seinen Fortgang, ohne in Europa viel Beachtung zu werden.

Es wirkte deshalb zunächst ein wenig rätselhaft, als am Ende der vergangenen Woche die Klammernachricht verbreitet wurde, im südafrikanischen Nordwestprovinzgebiet sei der Generalstreik proklamiert worden und als bald darauf die ersten „Kämpfe“ gemeldet wurden. Ueber das Wesen dieses Generalstreiks herrscht auch heute noch keine Klarheit. Während es auf der einen Seite heißt, die Gewerkschaften und der besonnenen Teil der Arbeiter beteiligen sich nicht an dem Unmenslichen, belagern andre Telegramme das Gegenteil. Wälgtes Dunkel schwebt auch über den Zweck und die tiefere Ursache des erweiterten Streiks, der plötzlich zu einer Revolution oder gar zu einer Revolution gesteigert wird. Fast steht vorläufig nur so viel, daß General Smuts mit fester Hand zugreift und sein Mittel moderner Kriege- und Besetzungswertzeuge scheidet, um die Streikenden blutig auf Haupt zu schlagen. Er scheint seine Methoden aus dem Jahre 1914 wiederholen zu wollen, als er 60.000 bewaffnete Buren gegen Streikende ansetzte. Sehr wahrscheinlich ist es, daß sich der südafrikanische Regierungsbürokratie überzogenen Greuelmachrichten und bolschewistisch gefärbter Tendenzmeldungen bedient, um aus den Reihen der Landbevölkerung die gewünschte Zahl Freiwildler rekrutieren zu können. Von Wichtigkeit wäre es, zu erfahren, ob die Arbeiterklasse in der streikenden weißen Arbeiterbewegung in größerem Umfang eingestellt haben.

Die vorstehenden Ausführungen bitten wir beim Lesen der ganz einseitig gehaltenen Nachrichten aus dem südafrikanischen Kampfgebiet zu beachten.

(Weitere Meldungen 2. Seite)

Wollen und Halbwoollen

Als nach dem Eisenbahnerstreik Dr. Wirtz durch das Mißtrauensvotum der Rechten im Reichstag zu Fall gebracht werden sollte, war es der Abgeordnete und ehemalige Minister im Kabinett Bethenbach, Dr. Heintze, der diese Katastrophopolitik der Deutschen Volkspartei nicht mitmachte und der Abstimmung fernblieb. Er hat sein Verhalten auch in einem Briefe begründet, der durch die Presse ging. Diese Begründung zeugte von einem Verantwortungsgesühl, das gerade in seinen Reihen nicht übermäßig stark entwickelt ist.

Es ist bekannt, daß Heintze innerhalb der Deutschen Volkspartei als isolierter Mann dastand. Er wird vom rechten Flügel der Sinnespartei bekämpft als ein Demokrat und Republikaner. Da die Deutschen Nationalen dauernd dem Traume einer Reichsregierung nachhängen, ist ihnen Heintze ein ungewohnter Mann. So erschien jüngst in den deutschmonarchistischen Dresdner Nachrichten ein Artikel mit der Ueberschrift: Wollen und Halbwoollen in der Deutschen Volkspartei. Zu diesem Artikel wurde Stresemann gegen Heintze ausgespielt. Stresemann ist der nie versagende Trompete der Deutschen Volkspartei. Er kam ins republikanisch-demokratische Horn nach links, er kam ins deutsch-monarchistische Horn nach rechts nach, ganz wie es die Situation verlangt. Er offeriert die demokratische Seele der Volkspartei den Volkswaffen und die großkapitalistisch-reaktionäre Seele den besitzenden Schichten. Er ist ein gewandter Handlungsreisender der Politik, und daß sein Name in der Zeit, da die Regierung Bethenbach wackelte, mit dem Reichskanzlerstuhl in Verbindung gebracht wurde, zeugte von der Rinderstubschastigkeit der deutschen Politik. Dr. Heintze gehört dagegen zu jenen ehrlichen bürgerlichen Politikern, die nicht gern etwas andres tun als sie sagen.

In der Vorkriegszeit haben wir gerade in Dresden mit Dr. Heintze und seinem nationalliberalen Anhang in heftigen Kämpfen gestanden, aber seine Sachlichkeit konnte nie bestritten werden. Er hat im Laufe des Krieges und der Nachkriegsperiode hingeleert. Er hat als Justizminister der bürgerlichen Bethenbach-Regierung eingesehen, daß ohne das Vertrauen und die Hilfe der breiten Volksmassen in Deutschland auf absehbare Zeit keine Regierung arbeiten kann. Er hat daraus die Konsequenzen gezogen und sieht in der gegenwärtigen Staatsform auf absehbare Zeit hinaus die einzige Möglichkeit, Deutschland existenzfähig zu halten. Es ist selbstverständlich, daß den deutschnationalen Nachbarn und Wärrern vom Schlage der Dresdner Nachrichten ein Stresemann erheblich ungeschicklicher und anpassungsfähiger scheint als ein Dr. Heintze. Darum der Artikel, in dem Dr. Heintze starker Mangel an nationalem Denkart, Nachgiebigkeit gegen die Entente, bürokratische Befangenheit und ähnliche Annehmlichkeiten nachgesagt wurden. Dagegen erhebt sich jetzt im Dresdner Anzeiger Dr. Fritsch-Kaiser. Wiederum einer von den wenigen in der Volkspartei, die von ihrer Partei einen ernsthaft linksgerechtigten Kurs fordern, womit er bekanntlich aus dem letzten Parteitag der Deutschen Volkspartei seinen Parteigenossen unangenehm auf die Nerven fiel und von Stresemann abgefangen wurde. Schon diese Erinnerung und der gute Gehmaß hätten Herrn Dr. Kaiser davon abhalten sollen, in der Verteidigung Heintzes so weit zu gehen, daß er ihn mit Stresemann nahezu in eine politische Linie bringt. Aber was für uns an der Polemik besonders beachtlich erscheint, das ist weniger der Streit um Heintze und Stresemann, als einige Bemerkungen, die Dr. Kaiser den Deutschnationalen bei dieser Gelegenheit ins Stammbuch schreibt:

Wir halten es nicht für das unbedingte Erfordernis eines nationaldenkenden Menschen, daß er bei jeder Gelegenheit von der ungebrochenen militärischen Kraft Deutschlands spricht, daß er über die Paraden der bayerischen Einwohnervwehr in Jubel ausbricht, daß er große Worte über den Rhein hinderschleudert... Ein großer Teil dieser, für die der Artikel in den Dresdner Nachrichten berechneter ist, verkennt immer noch die realen Verhältnisse. Ein Volk, das keine Flugzeuge, keine Panzer, keine Artillerie und keine Flotte besitzt, muß sich erst in jeder Arbeit und langsam alle Faktoren wieder aufbauen, die es zu einer machtvollen Politik nötig hat; es darf aber nicht jeden Anlaß zu dieser Stärkung dadurch im Keime vernichten, daß es im Gefühl einer in Wahrheit nicht vorhandenen Stärke die Gegner auch auf bescheidene Anlässe zur Besetzung dauernd aufmerksam macht. Dr. Heintze treibt eben keine Katastrophopolitik, sondern eine solche der überlegenden Vernunft.

Man sollte nicht glauben, daß es für einen bürgerlichen Politiker noch notwendig sein könnte, politisch tätigen bürgerlichen Kreisen diese Selbstverständlichkeit zu sagen. Herr Dr. Kaiser hat aber, so sehr er sonst im Recht ist, eins dabei vergessen: Auch in den Kreisen seiner Partei ist diese Meinung zu einem sinnlosen und darum lächerlichen Selbstraffeln vorhanden. Auch in seiner Partei wird die nationalstiftische Phrase aus demagogischen Gründen mißbraucht. Am Schluß seines Artikels stellt Dr. Kaiser als eine der Hauptforderungen seiner Partei die Volksgemeinschaft hin. Gerade er müßte wissen, wie schwer angefaßt der Demagogie in seinem Parteitag eine politische Volksgemeinschaft nach seinem und dem Ideal ähnlicher volksparteilicher Politiker zu erreichen ist.

Es gibt kaum ein Wort, das den Nicht-Parteimenschen angenehmer in den Ohren klingt als die Parole: Ueber die Parteipolitik zur Volksgemeinschaft! Und doch ist die Basis auch dieses Wortes gerade von denen, die es am meisten hardhaben, mit Abeln Worten gepflastert worden. Wenn die Vertreter der „Volksgemeinschaft“ einmal nachdenklich werden, welche konkreten politischen Ziele und Forderungen sie als Arbeitsgrundlage dieser Arbeitsgemeinschaft aller Parteien des Volkes ansetzen, so würden sie in ein peinliches Stummeln geraten, denn nicht einmal die Frage Republik oder Monarchie, Demokratie oder Klassenwahlrecht ist in den Reihen der Deutschen Volkspartei geklärt, geschweige denn die Beteiligung

eräd 56
Horn
Müller
nert
gerie
trich
Blitz
Klein
Kf.
Kreuz-
Strick,
Waid-
Glaner
r. 10 c
r. 20 c
r. 30 c
r. 40 c
r. 50 c
r. 60 c
r. 70 c
r. 80 c
r. 90 c
r. 100 c
r. 110 c
r. 120 c
r. 130 c
r. 140 c
r. 150 c
r. 160 c
r. 170 c
r. 180 c
r. 190 c
r. 200 c